

Frauenpolitischer Beirat

Beschluss Nr. 6 vom 27.4.06

Thema: Situation behinderter Frauen in Berlin/gewaltbetroffener behinderter Frauen und Barrierefreiheit

Bezug: TOP 2b der 7. Sitzung am 16.2.06 und TOP 2b der 8. Sitzung am 27.4.06

Der einstimmige Beschluss des Beirats lautet:

„ Der Frauenpolitische Beirat möge beschließen:

Die Lebensrealität der über 202 000 in Berlin lebenden behinderten Frauen unterscheidet sich grundlegend von der Lebensrealität nichtbehinderter Frauen. Den sich wechselseitig potenzierenden Benachteiligungen behinderter Frauen (in ihrer Vielfalt als behinderte Mütter, behinderte Migrantinnen, behinderte Lesben, behinderte Existenzgründerinnen usw.) kann entgegengewirkt werden, indem ihre Lebenssituation von allen Verwaltungsbereichen wahrgenommen, mitgedacht und künftig, analog zum Gender-Mainstreaming, im Sinne eines Disability-Mainstreamings thematisiert wird:

Der frauenpolitische Beirat fordert daher die Staatssekretärin dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass ein Disability-Mainstreaming in der politischen Arbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen verankert, und die Lebenswirklichkeit behinderter Frauen kontinuierlich in alle Berichte, Rahmenprogramme, Schwerpunktsetzungen, Aktionspläne, Runde Tische usw. eingebracht wird. Ziel sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die behinderten Mädchen und Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen.

Behinderte Frauen sind überproportional häufig von Gewalt betroffen und erhalten häufig weder in den Einrichtungen der Behindertenhilfe noch im Hilfesystem der Frauenprojekte adäquate Unterstützung:

Der Beirat bittet daher die Staatssekretärin, sich in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales für die Belange gewaltbetroffener behinderter Frauen einzusetzen:

- Sexualaufklärung im Heimbereich
- Selbstbehauptungskurse für die Bewohnerinnen,
- Recht auf gleichgeschlechtliche Pflege
- Entwicklung von institutionellen Leitlinien bei Verdachts- und bekannt gewordenen Fällen
- Fortbildung für die MitarbeiterInnen,
- Verstärkung der Kooperation mit externen Beratungs- und Unterstützungsangeboten
- Ächtung auch von sexueller Gewalt in den Sonderfahrdiensten

Der Beirat fordert die Staatssekretärin dazu auf, sich im Runden Tisch zum Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und in der BIG-ExpertInnenrunde für die verstärkte Öffnung und für den Abbau ausgrenzender Barrieren in den bestehenden Beratungs- und Schutzeinrichtungen für behinderte Frauen einzusetzen bzw. durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.“